

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Auszeichnungspreis mit der wichtigsten Auszeichnung gebührt Leben, Willen, Rund  
und Freiheit und Jugendzeitung stellte die Preissieger monatlich 50 Pf.  
Durch den Preis begegnete manchmal W. 2.75, wenn Kreisland für Deutschland und  
Deutschland W. 5. — Erwähnt wird mit Ausnahme der Sozial- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Brüderstraße 14, II. Tel. 2465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expeditio: Gr. Brüderstraße 14. Tel. 1703.  
Geschäftssitz: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertige werden die eingeholte Postzeitung mit 25 Pf. berechnet, bei besonderem  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Versandkosten 20 Pf. Interesse müssen  
bis spätestens 1/2, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 250.

Dresden, Freitag den 27. Oktober 1911.

22. Jahrg.

## Wahlreden und amtliche Wahlrede.

Zum dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Am letzten Tage der Erörterungen entfernen sich die  
Leben über die Erörterungsinterpellationen immer weiter von  
den eigentlichen Themen und beschließen sich immer mehr mit den  
Problemen der kommenden Reichstagswahl. Den Anlass  
habe ich in den Berliner Mittagsblättern am Donnerstag  
gelesen. Die preußische Regierung, die mit verschleierte, aber immerhin noch sehr  
deutlichen Worten ihre Landräte aufgefordert hat, den  
landesüblichen offiziellen Wahlkunst mehr als je einzulegen. Die Landräte sollen die Presse und Flugschriften be-  
setzen und selbst die Abwehr unternehmen. Das ungeheuer-  
liche an diesem Geheimschreiben ist, wie wir ergänzend mit-  
teilen können, daß die preußische Regierung ihren Beamten  
befiehlt, sorgfältig die Herkunft der gewünschten Pre-  
senechos zu verfolgen. Wer aber wird die Kosten be-  
zahlen? Eine der Ursachen von Hohenzinom oder die  
herrlichen Landräte selbst? Es würde der ganzen Tradition der  
agrarischen Volksversammlungen nicht entsprechen, es ist selbstver-  
ständlich darauf abzugehen, anders Mittel für diesen  
Wahlfeldzug fließen zu lassen. Darauf wird sich  
vielleicht verlängern, nach den Reichstagswahlen eine parla-  
mentarische Kommission einzurichten, um zu untersuchen,  
ob auch öffentliche Gelder, z. B. aus den zahl-  
losen Gehaltsfonds der preußischen Staatsregierung oder  
anderer Regierungen, für diese dreisten Zwecke missbräuchlich  
verwendet worden sind!

Der Reichstagdebate vom Donnerstag verließ die Absage  
nationalliberalen und konservativen Redner an den Bund der  
Bauern ihr Gespür. Der Führer des Bauernbundes, der  
Abgeordnete Bachorff de Wente, übrigens ein Ver-  
treter der Schuhjohannist und nominalisch auch der gemein-  
schaftlichen Landesmittelstelle, wies doch darauf hin, daß diese  
erste im Grunde gesetzliche Zugeständnis angestrebt habe  
und in unserem Staatsleben eine ihm in seiner Weise  
gewollte Rolle spielt. Wenn nun bei diesen Ausschreibungen  
nicht aus dem Augen verloren, daß eine Bauernrebe gegen  
den Bund der „Wirtschaftslandwirte“ nur schwer aufzuhalten  
sei, da die neuwählten Abgeordneten des Bundes der Bau-  
karte mit allen Mitteln der Demagogie die Bauern über den  
Charakter des Bundes irre zu führen pflegen. Wenn ergo ein-  
mal die Übermacht der Landbündler gebrochen ist, wird man  
bleibt bei den Bauern auch eine andere Stimmung finden.  
Es kann ihnen auf die Dauer nicht verborgen bleiben, daß die  
heutige Regierung nicht auf ihre, sondern auf die Be-  
dürfnisse der Landbündler zugeschnitten ist. Der Bauer  
als Wochentyp ist an allgemeinen Produktionsmitteln interessiert,  
der heutige Sozialist aber willstretet auch seinen  
Bedürfnissen.

Mehr der Abgeordnete Dr. Keen ist behauptete, die  
jetzte Debatte sei ein Triumph der Schuhjohannist, so ist bei ihm  
der Führer des Rates des Gewerbes, und seine Berufung  
auf die Rede des Abgeordneten Dr. Südböhm ist nun vollends  
bekannt. Denn so sehr es eine Unserlichkeit ist, daß die  
Sozialdemokratie keine Freiheitshaberpatriot im gewöhnlichen  
Sinne des Wortes genommen werden kann, so ist es doch eine  
durch nichts zu erschütternde Tatsache, daß die gesamte  
Sozialdemokratie gegen die nacherischen  
Lebensmittelstelle wie ein Mann auftritt.  
Im Gegenzug zu der Behauptung des Abgeordneten Keen ist  
festzustellen, daß die soziale Prinzipienrechts  
der Konservativen und der konservativen Agrarier nicht nur von  
den gesessenen Einheiten, sondern sogar von der überwiegenden  
Mehrheit des Zentrums in diesen Tagen verworfen werden.  
Nicht nur die Sozialdemokratie und nicht nur die  
konservativen Volkspartei, sondern auch die Nationalliberalen  
für die heim geschilderte Weichheit des Zentrums haben sich  
der weniger durchgreifende Abschwächung des agrarischen  
Schuhjohannist und damit zu erkennen gegeben, daß sie nicht  
auf die bestehende Handelspolitik unbedingt eingeschworen  
sind. Letzteres kommt darauf nicht abzuheben an, denn mit  
dem jetzt in den letzten Blättern liegenden Reichstag keine Wende  
in der Handelspolitik zu erwarten ist, daß aber in dem  
kommenden Wahlkampf die Fragen der Han-  
delspolitik eine grobe Rolle spielen werden  
und spielen müssen. Wenn es gelingt, die agrarische Mehrheit  
des Reichstages am 12. Januar 1912 zu beseitigen, dann  
werden sie in nicht allzuferner Zeit vorzubereitenden neuen  
Handelsabkommen ganz ein anderes Gesicht zeigen als  
die bestehenden. Die durch die Erörterung verschärftes Stim-  
mung in den besten Massen unseres Volkes wird unsere  
Position gegen den Brotwucher erweitern, und wir haben  
es der agrarischen Herrschaft in Deutschland ein Ende herstellen  
zu wollen. Mancher von denen, die jetzt mit einer asketischen  
Sicherheit ihr Specklein in der Erörterungsdebatte ausspielen,  
um die Siedlung des volkseinfühlenden Königs zu bauen, wird  
damit seinen Schaden anfangen gestalten haben und  
fernerhin zu finden, auch schon bald das Parlament über  
die Siedlungen des Reichstags. Die Verträge werden dem Reichs-  
tag noch vor dem 7. November angehen, nachdem sie halbamtlich

aber auf der anderen Seite auch klar, wie stark sich und vor-  
teilhaft die sozialdemokratische Politik auch in Sachen der  
Teuerung von der des bürgerlichen Liberalismus abhebt.  
Jeder Angriff auf die Brotwucherpolitik wird wieder mit  
allerhand Vorbehalt beschieden, indem sie zugleich Ge-  
staltung entspricht. Es ist sehr bemerkenswert, wie leicht  
auch die immerhin am meisten unter stehenden bürgerlichen  
Politiker die Interessen der großen Massen nehmen und wie  
sorgfältig dagegen sie bemüht sind, die gemeinschaftlichen Vor-  
rechte der herrschenden Klasse „abzubauen“. Wenn durch eine  
Aenderung der Steuergefeste Tausende von Arbeitern brotlos  
gemacht und auf die Straße geworfen werden, dann erträgt  
auch der Kreisring diese Quellen der anderen recht leicht.  
Wenn es sich aber darum handelt, die Buchtzölle aufzuschaffen,  
dann möchte man am liebsten den berühmten „Abbau“ über  
ein halbes Jahrhundert erstrecken. So lassen wir nun aller-  
dings unseren Kampf gegen die agrarische Ausbreitung nicht  
auf, und wir glauben, daß eine überwältigende Majorität der  
Minderbemittelten uns am Wahltag zur Seite treten wird.

## Eine neue Kraft des Weltfriedens.

Die Frankfurter Zeitung veröffentlichte das folgende  
Telegramm aus Amsterdam: Vor der Verhandlung über das  
Militärgebot in der zweiten Kammer hat der Sozialistensprecher  
Troelstra in einer großen Rede eine Neuerung getan, die  
zwar gänzlich unbemerkt geblieben ist, aber doch der Be-  
deutung nicht entbehrt. Troelstra sagte nach dem  
Bericht des sozialistischen Blattes *Der Wolf*:

„Das moderne Proletariat ist die Kraft, die  
zeigt den Weltfrieden aufrecht erhält. Als Mitglied des  
internationalen sozialistischen Bureaus weiß ich, daß Regierungs-  
mitglieder, um einen drohenden Krieg abzuwenden, sehr wohl die  
Kreise des internationalen sozialistischen Bureaus zu finden  
wüssten. Das ist eine Neuerung! Eine neue wirkende  
Kraft für den Weltfrieden ist aufgestanden!“

Der Amsterdamer Korrespondent der Frankfurter Zeitung  
will dazu erfahren, daß die Regierungen, die sich an das  
Bureau wenden, die deutliche und die französische  
sind. Eine von diesen beiden habe durch einen Wissenschaftler  
Begleitungen zum internationalen Bureau geführt und darauf-  
hin habe sie die andre direkt an das Bureau gewendet. Auf  
der letzten Konferenz des Bureaus in Berlin sollen diese Vor-  
sorge besprochen worden sein. Tatsache sei es jedenfalls, daß  
die französischen Sozialisten für die Ausbreitung des Friedens-  
ideos im Lande und bei der Regierung selbst den Ausschlag  
gegeben hätten.

Es mag dahingestellt bleiben, wieviel Abrechnung Wahrheit  
in dieser Meldung der Frankfurter Zeitung zu finden sei  
mögen. Schön daß eine Nachricht wie jene der Frankfurter  
Zeitung von einem ersten Nachrichtenblatt als glaubhaft  
wiedergegeben werden kann, ist ein Zeichen der Zeit. Es  
zeigt sich darin, zu welchem Ansehen die internationale Arbeiter-  
bewegung als Faktor der auswärtigen Politik, als Groß-  
macht des Weltfriedens emporgestiegen ist.

Der *Borowiak* bringt folgende Mitteilung: Auf An-  
trag des Internationalen sozialistischen Bureaus werden in  
den Tagen vom 4.-6. November in verschiedenen Ländern  
die Friedenskundgebungen stattfinden, bei welchen die Mit-  
glieder des Bureaus in verschiedenen Ländern sprechen. So  
werden in Paris, Lille, und Vandoeuvre (Belgien), in  
Budapest, vornehmlich Moltendorf, in Innsbruck, später über  
die internationalen Fragen sprechen, in London vornehmlich  
der Generalsekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus,  
Hunsman, in Gefäß der britische Sozialist Natura, in  
Amsterdam Antwerp (Belgien) und Troelstra.

Hierzu wird uns aus Berlin gemeldet:

Die vom 4. bis 6. November stattfindenden Friedens-  
demonstrationen, die in verschiedenen Ländern zu gleicher Zeit  
stattfinden sollen, sind noch Kombinationen und ihre  
Beratung hängt von dem Gang der Maroko-Verhand-  
lungen ab. Besonders der Herausgeber der Frankfurter  
Zeitung erläutert die deutschen Vertreter im  
internationalen Bureau, daß sie um die Angelegenheit wählen,  
aber zur Diskretion verpflichtet seien.

## Reichstags-Ohnmacht.

Absolutistisch, wie die Marokkoaktion von der deutschen  
Regierung begonnen wurde, scheint sie auch enden zu wollen.  
Die täglich Rundschau will von „gut unterrichteter Seite“

gesagt haben, daß sowohl  
der Marokkoertrag zwischen Deutschland und Frankreich als auch  
der Kongovertrag dem Reichstag nur zur Kenntnis gebracht  
wurden. Mancher von denen, die jetzt mit einer asketischen  
Sicherheit ihr Specklein in der Erörterungsdebatte ausspielen,  
um die Siedlung des volkseinfühlenden Königs zu bauen, wird  
damit seinen Schaden anfangen gestalten haben und  
fernerhin zu finden, auch schon bald das Parlament über  
die Siedlungen des Reichstags. Die Verträge werden dem Reichs-  
tag noch vor dem 7. November angehen, nachdem sie halbamtlich

vorher veröffentlicht worden sind. Die Beantwortung der  
Maroko-Unterredung durch den Reichstag wird in der  
Sitzung am 8. November stattfinden.

Nach dieser Meldung soll also die Volksvertretung das  
marokkanische Diplomatenprodukt entgegennehmen, ohne daran  
jedoch etwas ändern zu können. Denn die beiden Verträge  
fallen nicht unter § 4 der Verfassung. Wenn das wäre  
wäre, so wäre damit nur bewiesen, wie unscharf und strittig  
der Begriff unserer Reichsverfassung ist und daß diese Un-  
schärfe dem Regierungsbefolgsatzusatz Tür und Tor öffnet.  
Nach § 4 der Verfassung unterliegen der Beauftragung  
des Reichs und der Gesetzgebung auch die Bestimmungen  
über Kolonisation, und § 11 sagt, daß die  
mit fremden Staaten abgeschlossenen Verträge über  
Gegenstände, die unter § 4 fallen, die Zustimmung des  
Bundesrates und die Genehmigung des Reichstags erfordern.  
Es ist bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien bisher  
coloniale Veränderungen hingenommen haben, ohne ihre Re-  
chtschrechte auf Grund der Verfassung geltend zu machen. Es  
muß abgewartet werden, ob sich die Wiedergabe der Täglich  
Rundschau bewährt, ob die Regierung den Reichstag  
wirksam vor einer vollendeten Tatsache stellen wird. Wir zweifeln  
daran, denn die Regierung würde mit diesem Billig-  
schnüren nur einer alten Tradition trennen bleiben, die für ein  
mündiges Volk standhaft ist, der sich die bürgerlichen Parteien  
jedoch noch immer unterworfen haben.

Es ist darum lächerliche Komödie, wenn die national-  
liberale Partei plötzlich ihr parlamentarisches Gewissen ent-  
deckt. Der von der Drehscheibenfraktion im Seniorenbund  
eingebraucht und unter den Tisch gefallene Initiativvorschlag,  
der das Geschlußrecht des Reichstags über das neue Kolonial-  
abkommen fordert, war zweifellos berechtigt, nur war gerade die  
nationalliberale Partei nicht berechtigt, die Rechte des Reichs-  
tags reißen zu wollen, die sie jederzeit verschadern half. Es  
war in den Zeiten des Wilhelmsblocks, da der Reichstag keine  
Geschäftsordnungskommission beanspruchte, Vorsorge zu treffen,  
daß der Reichstag und seine Rechte unter den Gefahren des  
persönlichen Regiments nicht auszehen verflammen. Und was  
ist herausgekommen? Nichts! Der nationalliberale Vertreter  
für Leipzig, Abgeordneter Nunz, hat sich vielmehr mit dem  
Großen Vaterland um die Rechte bemüht, jede ernsthafte  
Reform zu hinterziehen.

Es ist ein durchdringliches Wohlwollen, wenn die National-  
liberale Korrespondenz flagant herstellt, die Vertreter der  
nationalliberalen Fraktion hätten alle Parteien dazu ein-  
geladen, sich ihrer Aktion anzuschließen,

in der Überzeugung, daß nur ein entschlossener Will-  
der Wehrheit des Reichstags zum Sieg führen könne.  
Sein Wille das Seniorenbundes willt sich dem Einbruch ent-  
zogen haben, daß ein wichtiger, entscheidender Vorgang getan  
sei. Allein die Mehrheitsparteien haben ihre Mit-  
wirkung glattweg verzögert. Sie beiden den Reichs-  
tag und auch die Nationalliberale Partei kann die Wehrheit  
des Reichstags nicht bringen, ihrem Antrag zu folgen. Allein der  
Defensivkrieg darf und soll dieser Vorgang nicht erfordern werden.

Dass die Schwarzbuben die Rechte des Reichstags nicht  
zu erweitern trachten, ist eine alte reaktionäre Geschichte, daß  
aber ausgerechnet die Nationalliberalen darüber greifen, ist  
nehr: ist eine reaktionäre Volksbeiratzei und die Deutsche  
Tageszeitung hat nicht unrecht, wenn sie schreibt: „Anträge  
können im Seniorenbund überhaupt nicht gestellt werden.  
Wollen die Nationalliberalen also ernsthaft einen defensiven  
Antrag vorbereiten, so hätten sie ihn den Fraktionen mitteilen  
müssen, zumal sie wissen, daß es den Vertretern der Fraktionen  
im Seniorenbund gar nicht möglich war, ohne vorherige  
Befragung der Fraktionen in einer so wichtigen Unter-  
gelegenheit Sitzung zu nehmen, geschweige denn eine irgend-  
wie auch nur annähernd bindende Erklärung abzugeben.“

Es handelt sich also um weiter nichts als ein plumpes  
Wohlwollen, über das, wie und wie gelebt wird, in  
Reichstagsfraktionen allgemeine Entrüstung herrscht.“

Es ist durchaus in der Ordnung, daß von hüben und  
von drüben die konstitutionelle Rolle einer Partei verlacht wird,

die noch immer alles getan hat, die Ohnmacht des Reichstags

auch in Verfassungsfragen zu verwirken. Und so kann's  
kommen, daß die deutsche Volksvertretung sich über den

Marokkoertrag beschlußähnlich austümpern darf, während  
das französische Parlament die lezte Entscheidung hat.

## Zum Abschluß der Marokko-Verhandlungen.

Berlin, 26. Oktober. Die amtliche Veröffentlichung des Maroko-  
vertrages naht dem Abkommen über die Kongolempörationen ist  
für die Woche nicht mehr zu erwarten, so wird aber wahrscheinlich  
am 8. oder 9. November erfolgen kann. Bis dahin dürfte auch  
der kleine Rest der Verhandlungen, der noch ausstehend, völlig erledigt  
sein. Sofortlicher Cambod hat hier eine Konferenz mit Staats-  
sekretär Ritter-Wächter.

Berlin, 26. Oktober. Wie das Deutsche Telegraphenbüro  
erfährt, soll der aus Maroko bezügliche Teil des deutsch-französischen  
Abkommen, welches gewisse Änderungen oder wenigstens Inter-  
pretationen der Algeciras-Verträge enthält, den Ministerialzügen dieser  
Art von den beiden vertragsschließenden Nationen zur Zustimmung  
unterbreitet werden. Es wird jedoch dabei an eine Konferenz nicht  
gedacht, die Verhandlungen sollen vielmehr von Ritter zu Ritter  
stattfinden. Die Meldung, daß die Mitteilung in Wien bereits sehr  
gefunden hat, ist den Ereignissen vorausgegangen.